



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag CDU-Fraktion / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Backhaus, Axel / Timmann, Werner	Drucksachen-Nr.: 22-0259 Datum: 18.11.2024
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag CDU betr. Kunst im öffentlichen Raum: Hamburgs neue Stadtkuratorin nach Harburg einladen

Sachverhalt:

Erfreulicherweise hat Hamburg laut Behörde für Kultur und Medien seit Oktober 2024 eine neue Stadtkuratorin, die in den kommenden fünf Jahren die Kunst im öffentlichen Raum weiterentwickeln und mit künstlerischen Projekten Diskussionen zu städtischen und gesellschaftlichen Fragestellungen anstoßen sollte.

Ziel des in Zusammenarbeit mit dem Kunsthaus Hamburg neu aufgesetzten Programms Stadtkuratorin sei es, dass Kunst im öffentlichen Raum noch mehr Beachtung erfahren und in die Stadtgesellschaft wirken sollte. Das Programm sei auf eine Amtszeit von fünf Jahren angelegt und solle langfristig verstetigt werden.

Mit Joanna Warsza wurde eine international erfahrene Kuratorin als Stadtkuratorin gewonnen, die u. a. als Co-Kuratorin des polnischen Pavillons bei der 59. Biennale in Venedig tätig war.

Es wäre äußerst wünschenswert, dass bei der Entwicklung künstlerischer Projekte und der Stärkung von Kunst im öffentlichen Raum auch der vielfältige, spannende und gleichsam soziokulturell in mancherlei Hinsicht herausfordernde Bezirk Harburg in den Blick genommen und angemessen berücksichtigt wird.

Petition/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung beschließt:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, Hamburgs neue Stadtkuratorin Joanna Warsza nach Harburg in den Ausschuss für Kultur einzuladen, um sich und ihre Tätigkeit als Stadtkuratorin vorzustellen und über aktuelle Konzepte und Projekte zu informieren. Dabei soll auch erörtert werden, welche Möglichkeiten für die Entwicklung und Förderung von Kunst im öffentlichen Raum gerade auch im Bezirk Harburg bestehen, inwieweit Projekte vor Ort umgesetzt werden könnten und welche Voraussetzungen für eine Stärkung Harburgs als Kunstort geschaffen werden müssten.

Hamburg, am 15.11.2024